



Geschäftszeichen

Wolfenbüttel, den 4. Juli 2011

## N i e d e r s c h r i f t

### über die 24. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit

#### -öffentlicher Teil-

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 19.05.2011	
<b>Sitzungsbeginn:</b>	16:00 Uhr	
<b>Sitzungsende:</b>	17:44 Uhr	
<b>Ort, Raum:</b>	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal	38300

---

#### Teilnehmerinnen/Teilnehmer

##### Vorsitz

Großer, Elke

##### Kreistagsabgeordnete

Dinter, Ilona  
Heider, Ute  
Lorenz, Dieter

—  
Müller, Jan-Christian

Anwesend bis 17.15 Uhr,  
Vertreter für Herrn Brücher

##### Kreistagsabgeordnete

Polzin, Bruno

Vertreter für Frau KAbg.  
Resch-Hoppstock

Sandte, Michael  
Vogler, Birgit  
Vree, Friedhelm  
Wolf, Hans-Heinrich

##### Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Kretschmer, Roland

##### Nicht stimmberechtigte Mitglieder

Brunke, Christa Kreissenjorenbetreuerin

Hagedorn, Ulrich

Harmel, Ralf

Vorsitzender der örtlichen  
Pflegekonferenz

Anwesend ab 16:20 Uhr

Meinecke, Wilfried

Vorsitzender der AGS



---

## **Öffentliche Sitzung**

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende, Frau KAbg. Großer, eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit**

Frau KAbg. Großer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit fest.

### **TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 23. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit des XVI. gewählten Kreistages am 24. März 2011**

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit genehmigt einstimmig bei zwei Stimmenenthaltungen die Niederschrift über seine 23. Sitzung am 24. März 2011, die allen Kreistagsmitgliedern und den übrigen Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit übersandt worden ist.

Die Vorsitzende begrüßt hiernach Herrn Zauritz und Herrn Dr. Hasan vom AWO-Psychiatriezentrum Königslutter. Herr Zauritz wird zum Planungsstand „Psychiatrische Tagesklinik“ in dieser Sitzung einen mündlichen Bericht abgeben. Dieser Tagesordnungspunkt wird einvernehmlich als TOP 5.1 in der Tagesordnung aufgenommen.

### **TOP 4 Anfragen**

#### **TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)**

Es liegen keine Anfragen vor.

#### **TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)**

Herr KAbg. Kretschmer erkundigt sich nach dem Bearbeitungsstand des Protokolls der letzten Kreistagssitzung. Dies habe er bislang noch nicht erhalten.

Frau Klooth wird diese Bitte weiterleiten.

Im Weiteren fragt Herr KAbg. Kretschmer bezogen auf eine Initiative für den sogenannten Sozialpass an, inwieweit sich der Landkreis Wolfenbüttel vorstellen könne, neben der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) auch die Ausgabe eines bürgernahen sozialpassartigen Konstruktes zu übernehmen. Er habe diesbezüglich ebenfalls Kontakt zum Geschäftsführer der AWO, Herrn Hagedorn, aufgenommen. Als Alternative könne er sich die Ansiedelung beim Landkreis Wolfenbüttel im Rahmen der Bearbeitung der Anträge des Bildungs- und Teilhabepaketes vorstellen.

Im Einvernehmen mit Herrn KAbg. Kretschmer schlägt Frau Klooth vor, für die weitere Erörterung dieser Thematik einen separaten Termin außerhalb der Ausschusssitzungen abzustimmen.

## **TOP 5      Informationen über das Projekt "Zukunftsregion Gesundheit" - mündlicher Bericht -**

Frau Dr. von Nicolai stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift) das Projekt „Zukunftsregion Gesundheit“ vor. Wolfenbüttel sei aufgrund des vergleichsweise hohen Anteils an chronischen Erkrankungen als einer von den drei teilnehmenden Landkreisen ausgewählt worden. Mit den für das Projekt vom Land Niedersachsen zur Verfügung gestellten Mitteln würden eine noch einzustellende Kraft sowie die Kosten für den Anstoß kleinerer Projekte finanziert. Auch sei hierüber die Auftaktveranstaltung in der Lindenhalle finanziert worden.

Die lokale Steuerungsgruppe trete in zehn Tagen zusammen, um darüber zu diskutieren, welche Projekte zuerst eingeleitet werden sollen. Es werde in Kürze eine Person ausgewählt werden, welche für die Dauer von zwei Jahren als Projektleitung tätig sein werde.

Die Steuerungsgruppe treffe ca. 4x im Jahr zusammen, bei Bedarf auch öfter. Über den weiteren Verlauf würden jeweils kurze Unterrichtungen im hiesigen Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit erfolgen.

Frau KAbg. Großer erkundigt sich danach, wie die einzelnen Ergebnisse der Arbeitskreise jeweils mitgeteilt werden sollen. Es wäre wünschenswert, sobald wie möglich hierauf eine Resonanz zu erhalten.

Frau Dr. von Nicolai hofft auf eine Umsetzung noch vor den Sommerferien.

Herr KAbg. Wolf erkundigt sich, wie die Entscheidungsfindung in der Steuerungsgruppe erfolge.

Frau Dr. von Nicolai erläutert, dass in der Steuerungsgruppe das Mehrheitsprinzip gelte.

Herr KAbg. Wolf gibt zu bedenken, dass hierbei die Politik „komplett außen vor“ sei. Schauen man sich die Zusammensetzung der Steuerungsgruppe an, so sei diese sehr verwaltungslastig. Er befürchte hier eine Dominanz der Verwaltung.

Frau Dr. von Nicolai teilt mit, es sei in der Steuerungsgruppe aber auch ausreichend „Fach“verständnis vorhanden, so dass man hier keine Bedenken im Hinblick auf eine Dominanz der Verwaltung haben müsse.

Nach dem aus der Mitte des Ausschusses heraus zu diesem Tagesordnungspunkt und der Präsentation keine weiteren Fragen bestehen, dankt die Ausschussvorsitzende für den Bericht. Sie

hoffe auf einen baldigen Ergebnisbericht im hiesigen Ausschuss.

## **TOP 5.1 Planungsstand "psychiatrische Tagesklinik" - mündlicher Bericht durch den Geschäftsführer des AWO Psychiatriezentrums Königslutter, Herrn Zauritz -**

Herr Zauritz stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage 2 zu dieser Niederschrift) den Planungsstand zur Errichtung einer psychiatrischen Tagesklinik an der Halchterschen Straße in Wolfenbüttel dar. Sowohl die Personalfrage als auch die Standortsuche seien gelöst bzw. abgeschlossen. Allein der Baubeginn verzögere sich, da die beim Land Niedersachsen beantragten Mittel derzeit noch nicht fließen würden. Er rechne auch nicht mehr mit einer Bewilligung im Jahre 2011, da der zuständige Planungsausschuss nur einmal im Jahr tagt. Von daher bitte er um Mithilfe bei der Suche nach einem Übergangsort. Man sei diesbezüglich auch bereits im Gespräch mit der Verwaltung des Landkreises Wolfenbüttel.

Herr KAbg. Kretschmer schlägt für einen Übergangsort das ehemalige Jugendgästehaus in der Jägerstraße vor. Dort sei eine gute Verkehrsanbindung gegeben und auch ein Außengelände sei vorhanden.

Herr Zauritz teilt hierzu mit, man habe entsprechende Überlegungen bei der Standortsuche bereits angestellt, dieses Gebäude jedoch als dauerhaften Standort ausgeschlossen. Hinsichtlich der Klärung, inwieweit dieses als Übergangsort genutzt werden könne, erfolge eine nochmalige Besichtigung.

Auf Nachfrage von Frau KAbg. Dinter informiert Herr Zauritz, dass für die psychiatrische Tagesklinik eine Bewilligung für insgesamt 15 Patientenplätze erteilt worden sei.

Herr KAbg. Polzin gibt zu bedenken, dass bei der Planung des Standortes auch ein behindertengerechter Ausstieg aus öffentlichen Verkehrsmitteln gewährleistet sein müsse.

Hierzu informiert Herr Zauritz, nach den vorhandenen Erfahrungswerten seien in dem betroffenen Patientenkreis nur wenige Personen tatsächlich auf einen Rollstuhl angewiesen. Daher würde man zwar barrierefreie Lösungen immer im Auge behalten, jedoch wäre dies kein besonders problematischer Punkt hinsichtlich des Standortes an der Halchterschen Straße. Im Übrigen sei es immer recht schwierig, einen Standort zu finden, der jegliche Anforderungen erfülle.

Herr KAbg. Lorenz erkundigt sich, wann mit dem Klinikbetrieb gestartet werden könne, sofern ein Übergangsort zur Verfügung stünde.

Hierzu teilt Herr Zauritz mit, man könne in diesem Fall ca. zwei Monate später mit dem Klinikbetrieb beginnen.

Weitere Fragen zu dem Bericht von Herrn Zauritz und seiner Präsentation bestehen nicht.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Zauritz für die ausführliche Darstellung. Zusammenfassend dargestellt, bestünde für die kurzfristige Aufnahme des Klinikbetriebes – nachdem mit einer schnellen Mittelbewilligung durch das Land Niedersachsen für den Neubau nicht zu rechnen sei - lediglich die Möglichkeit, umgehend ein Gebäude als Übergangsort zu finden.

## **TOP 6      Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) Erste Informationen von Dezernentin IVa Frau Stiegler**

Frau Stiegler schildert zunächst die Entwicklungsgeschichte und den Werdegang hinsichtlich des Gesetzgebungsverfahrens. Im Weiteren stellt sie anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage 3 zu dieser Niederschrift) die betreffenden Bestimmungen des Bundes dar und informiert über den derzeitigen Stand der Umsetzung beim Landkreis Wolfenbüttel.

Ein Teil der Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes (BuT) seien für Betroffene bis zum 25. Lebensjahr möglich, für einen anderen Teil jedoch nur bis zum 18. Lebensjahr. So seien Leistungen für die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben nur bis zum 18. Lebensjahr vorgesehen. Die anderen Leistungsbereiche seien grundsätzlich auch bis zum 25. Lebensjahr möglich. Die Unterscheidung hierbei habe der Gesetzgeber so vorgegeben. Man gehe im Bereich des Landkreises Wolfenbüttel von insgesamt von 5.600 anspruchsberechtigten Personen aus.

Hinsichtlich des Personenkreises der Asylbewerberinnen und Asylbewerber, welche Leistungen nach den §§ 3 bis 7 des Asylbewerberleistungsgesetzes erhielten, informiert die Sprecherin darüber, dass für diese bislang noch keine Anspruchsberechtigung auf Leistungen aus dem BuT bestünde. Hierzu erfolge beim Bund noch eine Klärung. Bis dahin könne man gegebenenfalls auch über Hilfen aus dem Schulkostenfond nachdenken.

Herr KAbg. Polzin erkundigt sich, was mit der Formulierung „angemessene Lernförderung“ gemeint sei.

Frau Stiegler erläutert hierzu, es müsse sowohl ein entsprechender Bedarf bestätigt als auch die Kosten für die beabsichtigte Leistung bzw. den Leistungserbringer als akzeptabel angesehen werden können, um die Begrifflichkeit einer „angemessenen Lernförderung“ erfüllen zu können.

Herr KAbg. Wolf erkundigt sich, wie hoch das Budget sei, das vom Bund für das BuT zur Verfügung gestellt werde.

Frau Klooth antwortet, man habe vom Land noch keine endgültigen Daten erhalten, aus denen sich das zur Verfügung stehende Budget ergebe. Sie gehe davon aus, dass man für das Jahr 2011 mehr Mittel erhalten würde, als tatsächlich ausgegeben werden könnten. Dies läge unter anderem daran, dass die gesetzlichen Grundlagen hierfür erst seit kurzer Zeit existierten. Bislang seien im Verhältnis zur Anzahl der grundsätzlich anspruchsberechtigten Personen eher wenig Anträge gestellt worden. Es sei jedoch Ziel, die Mittel für die betreffenden Kinder auszuzahlen und so Gutes zu erreichen. Die tatsächlichen Ausgaben aus dem Jahre 2012 würden dann die Basis für die künftige Bundesbeteiligung bilden.

Herr KAbg. Wolf erkundigt sich im Weiteren danach, ob der entstehende Verwaltungsaufwand vom Bund refinanziert werde und ob für die Tätigkeiten neue Planstellen geschaffen werden würden.

Frau Klooth teilt mit, der Bund beteilige sich mit einem prozentualen Anteil auch an den entstehenden Verwaltungskosten. Es seien vier neue Stellen geschaffen worden, davon 2 im Jobcenter, eine im Jugendamt und eine im Amt für Arbeit und Soziales. Diese habe man zunächst auf ein Jahr befristet, da abgewartet werden müsse, wie sich das Arbeitsaufkommen entwickle. Hierzu fehlten noch Erfahrungswerte.

Herr KAbg. Lorenz erkundigt sich, ob bei der Antragstellung auch Hilfestellung geleistet werde.

Frau Klooth informiert hierzu, sowohl die Kommune als auch die Wohlfahrtsverbände und übrige Institutionen würden selbstverständlich bei der Antragstellung auf Wunsch auch Hilfestellung geben.

Frau Stiegler berichtet anschließend, es werde über die Hilfestellung bei der Antragstellung hinaus auch hinsichtlich der Informationen über die Leistungsangebote eine Pressekampagne geben. Man plane Infoveranstaltungen und auch die Näherbringung der entsprechenden Leistungspakete über Schulen, Kindertagesstätten und Ähnliches.

Derzeitiger Stand sei im Bereich des SGB II die Beantragung von 415 Leistungen (diese verteilen sich auf ca. 200 betroffene Kinder) und für die übrigen Bereiche 189 beantragte Leistungen (88 Kinder).

Herr KAbg. Kretschmer fragt an, wie man mit den Mitteln verfare, welche in dem entsprechenden Jahr nicht für das Bildungs- und Teilhabepaket verwendet worden seien.

Frau Klooth antwortet hierzu, man könne noch überhaupt nicht beurteilen, ob bzw. wie viel der zur Verfügung gestellten Mittel übrig blieben. Sie könne jedoch zusagen, dass Reste jeweils wieder für die einzelnen Themenbereiche sinnvoll verwendet würden.

Herr KAbg. Wolf lobt anschließend noch die übersichtlich und hilfreich gestalteten Antragsunterlagen. Man habe hier das Problem sehr gut gelöst.

Nachdem aus der Mitte des Ausschusses heraus auch zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Fragen oder Anmerkungen bestehen, schließt die Ausschussvorsitzende diesen Tagesordnungspunkt.

## **TOP 7     Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)**

Es liegen keine Unterrichtungspunkte vor.

Frau KAbg. Großer dankt den Anwesenden und schließt die Sitzung um 17:44 Uhr.

---

Großer  
(Vorsitzende)

---

Klooth  
(Dezernentin)

---

Theune-Kluy  
(Protokollführerin)

Anlagen: 1. Powerpoint-Präsentation „Zukunftsregion Gesundheit“  
2. Powerpoint-Präsentation „Einrichtung psychiatrische Tagesklinik Wolfenbüttel“  
3. Powerpoint-Präsentation „Bildungs- und Teilhabepaket“

Vorsitzender            Protokollführer/in